



REGION

BASEL-STADT, BASELSTADT, BASELSTADT, SCHWARZBUBENLAND

Unispital krankt an Personalmangel

Gesundheit Wegen zu vieler Notfälle müssen Operationen verschoben werden. Das Personal ist am Anschlag

VON LEIF SIMONSEN

Hektik herrscht am Unispital Basel (USB). Die zwei Notfallteams, die in lebensgefährlichen Situationen eingreifen, stossen an ihre Grenzen. Eines ist für den OP-Bereich (grüne Zone), eines für den restlichen Bereich (weisse Zone) zuständig. Tausendmal musste im vergangenen Jahr das Notfallteam aus dem OP-Bereich in der weissen Zone aushelfen. Die Folge: Mehrere Operationen mussten verschoben - meist um ein paar Stunden, seltener Tage. Alleine in der weissen Zone stieg die Anzahl Fälle des Notfallteams zwischen 2015 von 1931 auf knapp 2600 im vergangenen Jahr.

Notfall gefragter denn je

Das hängt nicht nur damit zusammen, dass sich mehr Patienten im Unispital behandeln lassen. Luzius Steiner, Chefarzt der Anästhesiologie, sagt, dass ausgerechnet der medizinische Fortschritt dem Unispital zu schaffen mache. Bei einem Hirnschlag etwa könnten die Patienten heute bis zu 24 Stunden notfallmässig behandelt werden; vor wenigen Jahren setzte man die Notfallteams auf diesem Gebiet lediglich sechs Stunden ein. In einem jüngst publizierten Ratschlag der Basler Regierung heisst es zudem: «Der Notfallbetrieb des USB im Allgemeinen und die teils hohe Komorbidität der Patientenschaft im Speziellen bringen eine deutlich höhere Inzidenz an lebensbedrohlichen Notfällen mit sich als in anderen Institutionen.» Zudem würden viele Patienten mit «hochgradig erschwerten Mitwirkung» zugewiesen, was den Notfallbetrieb belastet und ein aufwendiges Sicherheitsdispositiv erforderlich mache.

Das absorbiert. «Noch», sagt Steiner, «ist es zum Glück nicht zu Verschiebungen dringlicher Operationen gekommen, weil zu wenige Notfallkräfte vor Ort gewesen wären.» Momentan befindet man sich noch in der Situation, die planbaren Eingriffe etwas nach hinten zu verschieben. Die Operationen von Armbrüchen oder Schenkelhalsfrakturen etwa. Das Unispital unterteilt bei der Dringlichkeit von OPs in Kategorien. Weder Patienten der Notfallkategorie 1 (sofortige Operation nötig)



Das Notfallteam des OP-Bereichs muss am Unispital immer häufiger seinen Kollegen der anderen Bereiche aushelfen.

SYMBOLBILD/JURI JUNKOV

noch die Notfallkategorie 2 (Operation innerhalb von sechs Stunden nötig) hätten bisher posteriorisiert werden müssen. Steiger sagt: «Die Überlastung hat noch nicht zu gefährlichen Situationen geführt. Zum Glück mussten auch noch nie Operationen unterbrochen werden, weil unsere Notfallteams einen anderen Fall zu behandeln hatten.»

Kommt zusätzliches Notfallteam?

Steiger sagt aber auch, dass sein Team Überstunden angesammelt habe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Notfallteams seien jung und zögen sich bisweilen Sportverletzungen zu - gelegentlich komme es auch zu Schwangerschafts- und Mutterschaftsausfällen. «Die Lücken wer-

2600

Einsätze musste das Notfallteam des Unispitals ausserhalb des OP-Bereichs 2017 leisten. Das sind deutlich über 600 Fälle mehr als noch 2015.

den dann aus dem restlichen Kollektiv der Anästhesiepflege und Ärzte geschlossen, was aber dort zu Überzeit führt», sagt Steiner. «Wir befinden uns nicht in der Komfortzone», räumt der Chefarzt Anästhesiologie ein.

Hanna Bay von der Gewerkschaft Vpod hat noch nichts Konkretes über die Notfallteams gehört. Wiederbesetzungen von Vakanzen seien teilweise schwierig und dauern je nach dem sehr lange, unter anderem da sämtliche Stellen vom Spitaldirektor genehmigt werden müssten. Sie sagt, die Personalsituation im Unispital habe sich grundsätzlich verschärft. Auf der Notfallstation sei es schwierig, ausgeschriebene Stellen zu besetzen. «Das kann auch damit zu haben, dass es sich rumge-

sprochen hat, dass der Stress hier besonders gross ist.» Bay bereitet allerdings die allgemeine Tendenz beim Personal im Gesundheitswesen Sorgen. «Seit der Einführung der Fallpauschalen hat der Druck stark zugenommen», sagt sie.

Doch in diesem Fall hat das USB das Problem erkannt. Gemäss dem jüngsten Ratschlag des Regierungsrats zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen «prüft» es derzeit, ein zweites Notfallteam im weissen Bereich vorzuhalten. Dafür brauche es rund 16 Vollzeitäquivalente - oder zwei Millionen Franken. Vom Kanton verlangt das USB hierfür künftig eine Million Franken jährlich. Denn das Geld für die Notfallteams würde nicht über die Krankenversicherung abgegolten.

Schluss mit dem Steuerrechnungs-Wirrwarr

Baselland Steuerrechnungen sollen erst im Folgejahr anfallen und so Unsicherheiten beheben. Die Gemeinden sind skeptisch.

VON MICHAEL NITTAUS

Kaum bemerkt, traf der Landrat am Donnerstag einen Entscheid, der jeden einzelnen Steuerzahler direkt betrifft: Mit 48 gegen 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde eine Motion von SVP-Landrat Reto Tschudin überwiesen, die ein Steuersystem fordert, «das jeder versteht».

Konkret muss die Regierung nun eine Änderung des kantonalen Steuergesetzes vorbereiten und den Fälligkeitstermin für Staats- und Gemeindesteuern jenem der Bundessteuer anpassen: Statt am 30. September bereits provisorisch die Rechnung für das noch laufende Jahr zu zahlen, soll man künftig erst am 31. März des Folgejahres die Rechnung begleichen. Auf Fachchinesisch bedeutet das, dass Baselland vom Praenumerando- zum Postnumerando-System wechseln wird (siehe Kasten rechts). So einen Wechsel hat bisher noch kein

Kanton vollzogen, doch gibt es Kantone - wie Basel-Stadt -, die von Anfang an auf diese Art der Besteuerung gesetzt haben. Der Vorteil laut Tschudin: Der Steuerzahler würde nicht mehr zu verschiedenen Zeitpunkten im Jahr unterschiedliche Steuerrechnungen erhalten. Bisher sei es mitunter schwierig, die Übersicht zu behalten und die Abweichungen zwischen provisorischer und definitiver Rechnung können gross sein. Und Tschudin hat eine weitere Hoffnung, wie er der bz sagt: «Wenn nicht mehr so viele Menschen vom Steuersystem überfordert sind, erhoffe ich mir auch eine bessere Zahlungsmoral.»

Umsetzung bis in fünf Jahren?

Auch wenn es im Kern bloss um eine Verschiebung der Fristen um ein halbes Jahr geht: Die Systemumstellung hat es in sich. Es verändert die ganzen Abläufe der Verwaltungen - und das bei Kanton und Gemeinden. Die IT-Infrastruktur muss angepasst werden. Vor allem aber reisst die Verschiebung der Steuerzahlungen nach hinten einmalig ein riesiges Loch in die Kassen, wenn auch nur vorübergehend. Der Kanton rechnete bei einem ähnlich

lautenden Postulat von alt Landrat Michael Herrmann 2016 mit einer Liquiditätslücke von 200 Millionen Franken, die Gemeinden mit 100 Millionen.

Finanzdirektor Anton Lauber sagte schon am Donnerstag, dass die Gefahr bestünde, mit diesem weiteren Grossprojekt «das System zu überlasten», weswegen er

«Wenn nicht mehr so viele Menschen vom Steuersystem überfordert sind, erhoffe ich mir bessere Zahlungsmoral.»

Reto Tschudin SVP-Landrat, Lausen

die Motion höchstens als Postulat entgegennehmen wollte. Mit der Steuervorlage 17 und der Reform der Baselbieter Einkommens- und Vermögenssteuern stünden bereits zwei Grossprojekte an. Tschudin ist sich dessen bewusst. Schon der Motionstext sieht eine gestaffelte Verschiebung der Frist vor. Auf Anfrage wird er konkreter: «Bis in fünf Jahren sollte die Motion schon umgesetzt sein. Ich könnte mir vorstellen, dass die Verschiebung ab 2020 in drei Zwei-Monats-Schritten möglich ist.»

Um diese Flexibilität ist Lauber froh, denn «die bestehenden beiden Grossprojekte mit diesem dritten zu koordinieren und Letzteres auch noch mit den 86 Gemeinden abzusprechen, ergibt eine ziemlich komplexe Sache», sagt er zur bz. Befürchtungen, der Kanton könnte die Umsetzung der Motion auf die lange Bank schieben, tritt er entgegen: «Ich nehme den Auftrag sehr ernst und wir werden ihn im schnellstmöglichen Tempo umsetzen.» Als Nächstes werde er unter Einbezug der Gemeinden eine Projektorganisation auf die Beine stellen. Dies könne er sich auch als offizielles Projekt des Verfassungsauftrags Gemeindestärkung (Vags) vorstellen.

Auch wenn die Motion ein verbindlicher Auftrag ist, ist Widerstand programmiert. «Für uns Gemeinden wird es sehr schwierig», sagt Bianca Maag, Präsidentin des Gemeindeverbands VBLG und SP-Landrätin aus Reinach. Die Fälligkeitsverschiebung ziehe einen Rattenschwanz an Umstellungen nach sich. Sie persönlich sehe sowieso keinen Nutzen darin: «Ich glaube einfach nicht, dass viele Steuerzahler mit dem heutigen System Probleme haben.»

GLOSSAR

Prae oder Post?

■ **Praenumerando-System:** Diese Art der Steuerbemessung heisst auch Vergangenheitsbesteuerung. Hier liegt der Fälligkeitstermin für die Zahlung in der laufenden Steuerperiode am 30. September. Da dann die definitive Steuerschuld für dieses Jahr noch nicht feststeht, wird eine provisorische Rechnung gestellt, die auf dem Vorjahr basiert. Die definitive Rechnung folgt erst im Jahr darauf.

■ **Postnumerando-System:** Auch Gegenwartsbesteuerung genannt. Hier wird die Steuer erst am 31. März des Folgejahres fällig. Da die Steuererklärung auch erst dann fällig wird, braucht es dennoch eine provisorische Rechnung. Doch man kann die Zahlung besser einschätzen, da das Steuerjahr bereits vorbei ist.